

MYTHEN ÜBER DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION

Ein Leitfaden zum erfolgreichen
Entlarven von Mythen, die die
Europäische Union umgeben



HERAUSGEGEBEN VON:

GLOBSEC Policy Institute
 Polus Tower II, Vajnorská 100/B
 831 04 Bratislava, Slovak Republic

www.globsec.org

Das GLOBSEC Policy Institute ist ein politikorientierter Think-Tank, der die Außenpolitik und das internationale Umfeld analysiert. Das Institut konzentriert sich auf Forschungen, die für Entscheidungsträger, Führungskräfte in der Wirtschaft und alle involvierten Bürger relevant sind. Es zielt darauf ab, die Werte der GLOBSEC-Organisation, also die liberale und demokratische Ordnung in der transatlantischen Welt, tief in die Agenda der Regierungen einzubetten.

AUTOREN

- ▶ **Kinga Brudzińska**, Ältere Forschung
 Gefährte für das Programm
 "Future of Europe"
- ▶ **Alena Kudzko**, stellvertretende
 Forschungsdirektorin,
 GLOBSEC Policy Institute
- ▶ **Orsolya Raczova**, Forschungsbeauftragte für
 das Programm "Future of Europe",
 GLOBSEC Policy Institut

© GLOBSEC

© GLOBSEC Policy Institute 2018

Gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines
 Beschlusses des Deutschen Bundestages.

INHALT

Einführung	03
Mythos Nr. 1: Die Europäische Union zerfällt	04
Mythos Nr. 2: Die Mitgliedstaaten unterstehen dem „Diktat von Brüssel“	06
Mythos Nr. 3: Die Europäische Union ist ein „bürokratisches Monster“	07
Mythos Nr. 4: Frankreich und Deutschland dominieren die Europäische Union	08
Mythos Nr. 5: Der Euro ist die Ursache allen Übels	09
Mythos Nr. 6: Die Europäische Union ist im Freihandel „naiv“	11
Mythos Nr. 7: Komplizierter Datenschutz behindert die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen	13
Mythos Nr. 8: Wir erleben eine Islamisierung Europas	15
Mythos Nr. 9: Die Europäische Union ist ein Paradies für Flüchtlinge	17
Mythos Nr. 10: Flüchtlinge sind die wichtigste Ursache für Terroranschläge in Europa	19
Mythos Nr. 11: Die Europäische Union leidet unter dem Terrorismus, weil sie zu weich gegenüber den Extremisten ist	21

EINFÜHRUNG

In unserer immer schnelleren, postfaktischen, gut vernetzten Welt ist die Meinung der Menschen nach wie vor wichtig. Was die Menschen denken, basiert jedoch oftmals auf falschen Annahmen. Eine übertriebene Informationsfülle ist ebenso kontraproduktiv wie ein Mangel an Informationen. Nur wenige Menschen finden Zeit, diese Flut von Informationen, die sie jede Minute erhalten, zu sortieren; noch weniger Menschen bemühen sich, „Fakten und Zahlen“ zu verifizieren. Aus diesem Grund hat sich GLOBSEC dazu entschlossen, ein kurzes Handbuch zu entwickeln, mit dem einige der häufigsten Mythen über die Europäische Union (EU) kurz und verständlich aufgegriffen werden.

► Für wen ist dieses Dokument gedacht?

Dieser kurze Leitfaden richtet sich in erster Linie an Politiker, Kommunikations- und Medienbeauftragte, Beamte, Aktivisten der Bürgergesellschaft und Lehrer, die frustriert sind wegen der Verwendung alternativer Fakten zur Untergrabung ihrer Arbeit beim Aufbau einer besseren EU für alle. Jeder kann ihn als Referenzdokument verwenden. Aber im Endeffekt sind die Botschaften dieser Publikation allen interessierten Bürgern gewidmet.

► Warum braucht man eine eigene Kopie?

Die Menschen fordern von ihren Amtsträgern eine direkte Kommunikation. Es braucht Zeit, um die notwendigen Informationen auszuwählen und hervorzuheben oder ein logisches Argument zu konstruieren. De facto ist es fast unmöglich, sich alles zu merken, was mit jedem Problem zusammenhängt. Dieses Handbuch ist Ihr verlässlicher und zeitsparender Begleiter für Situationen, in denen Sie mit einer schwierigen Frage konfrontiert werden, und mit dem Sie, wenn es nötig ist, fehlerhafte Annahmen korrigieren können.

Und diese Gelegenheiten werden immer häufiger vorkommen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden bereits in einem Jahr statt. Diskussionen über die Reform der EU nehmen zu und die Bürger müssen von deren Sinn und Wert überzeugt werden. In immer mehr Ländern gibt es Volksversammlungen und Demonstrationen. Und Journalisten hören nie auf, Fragen zu stellen.

► Warum sollten Sie sich auf die folgenden Mythen konzentrieren?

Erstens hat unser Team für strategische Kommunikation, welches die Desinformation beobachtet, diese Mythen als die beliebtesten falschen Vorstellungen identifiziert, die derzeit im öffentlichen Diskurs kursieren. Zweitens korrelieren diese Mythen mit den beliebtesten Suchanfragen auf Google, wenn es um EU-bezogene Bereiche, Ereignisse und Themen geht. Drittens haben wir alte und neue Fragen aufgegriffen, die häufig bei Pressekonferenzen oder in den Medien aufgeworfen werden. Einige von ihnen sind nicht neu, wurden aber durch soziale Medien und Bots neu belebt.

► Kommt es auf Fakten an?

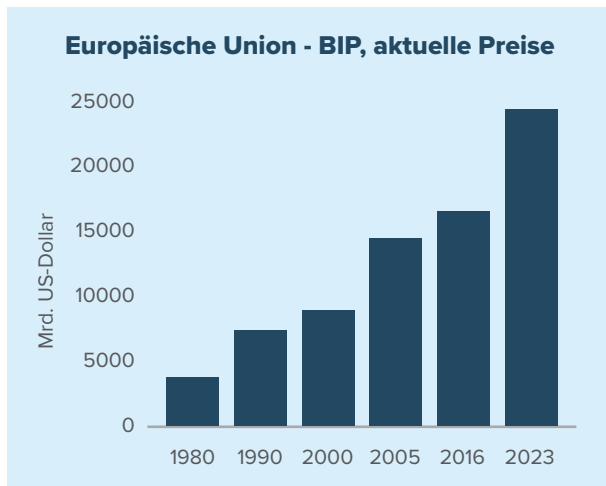
Ja, es kommt mehr denn je auf Fakten an! Aber es geht natürlich auch darum, wie diese Fakten vermittelt werden. Fakten werden regelmäßig als Teil einer persönlichen Geschichte oder einer leidenschaftlichen Ansprache genutzt. In ähnlicher Weise verbreiten soziale Medien und Kommunikationsstrategien Ideen und „Wahrheiten“. Ein Tweet kann gleichzeitig unterhaltsam, berührend, vertrauenswürdig und realitätsbezogen sein. Wir wollen mit dem zweiten Teil dieser Kombination helfen.

Wir haben dieses Handbuch als Ergänzung zu den Diskussionen beim GLOBSEC 2018 Bratislava Forum vorbereitet. Wir hoffen, Sie werden die formellen und informellen Diskussionen im Forum als inspirierend und informativ betrachten. Außerdem möchten wir Ihnen etwas mitgeben, das die komplizierten Botschaften durch akzeptable, begründete und verlässliche Antworten ergänzt, die Sie den Medien, Wählern und anderen Personen getrost anbieten können ●

MYTHOS NR. 1: DIE EUROPÄISCHE UNION ZERFÄLLT

Allgemein verbreitete Meinung: Im vergangenen Jahrzehnt wurde die Europäische Union (EU) mit vielen ernststen Herausforderungen konfrontiert. Die globale Finanzkrise, der Zustrom von Flüchtlingen und das Brexit-Referendum haben Schockwellen in ganz Europa ausgelöst und die Zukunft des europäischen Projekts in Zweifel gezogen. Jeder Krise folgten zunehmend lautere Prophezeiungen, dass die Tage der EU bereits gezählt seien. Die Zahl der von Brüssel desillusionierten Menschen steigt, und von Lissabon bis Warschau werden europaskeptische Stimmen laut.

Reality-Check: Es stimmt, dass das Ausscheiden Großbritanniens von historischer Bedeutung ist. Es wäre jedoch übertrieben zu behaupten, dass die EU auseinanderfielet. In vielerlei Hinsicht geht es der EU ganz gut.

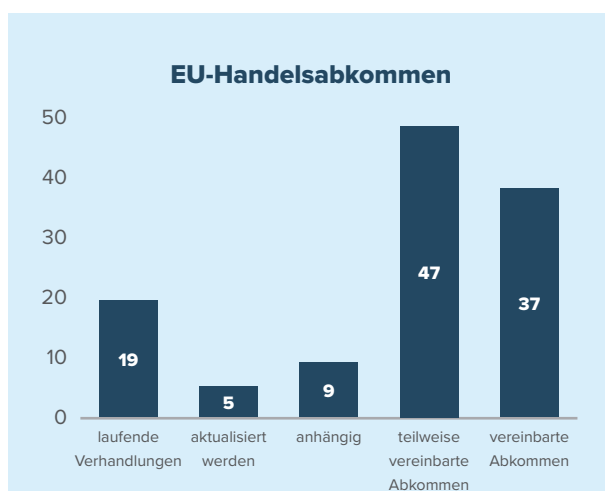


Quelle: IWF, 2018.

Die EU hat mehr als ein halbes Jahrhundert lang Frieden, Stabilität und Wohlstand gebracht und dazu beigetragen, den Lebensstandard zu erhöhen. Das BIP der Mitgliedstaaten ist von 3.800 Milliarden Dollar im Jahr 1980 auf 16.500 Milliarden Dollar im Jahr 2016 gestiegen. In der Tat prognostiziert der Internationale Währungsfonds, dass das BIP in fünf Jahren 24.000 Milliarden Dollar erreichen wird.

Verträge zu verfolgen. Im Jahr 2017 verabschiedete Brüssel beispielsweise 254 verbindliche Rechtsakte, darunter sechs Verordnungen des Rates, eine Richtlinie und 247 Entscheidungen. Außerdem hat die EU 32 Verordnungen, drei Richtlinien und 74 Entscheidungen im selben Zeitraum novelliert. Das bedeutet, dass Brüssel im Jahr 2017 insgesamt 363 verbindliche Rechtsakte erlassen hat – das sind 25 Prozent aller von der EU angenommenen Rechtsakte (1.338).¹ Dies ist eine ähnliche Zahl wie die vor der Wirtschaftskrise von 2007, als die EU 1.275 Rechtsakte verabschiedete, von denen 217 rechtsverbindlich waren.

Der Europäische Rat arbeitet mit einem ähnlichen Tempo und einer vergleichbaren Entschlossenheit. Er kommt monatlich in Brüssel zusammen. Im vergangenen Jahr trafen sich die Staats- oder Regierungschefs aller EU-Länder neunmal zu regelmäßigen Sitzungen, zweimal zu informellen Treffen sowie zu thematischen Gipfeltreffen zur Digitalen Agenda in Tallinn und zum Thema Wachstum und Beschäftigung in Brüssel.²



Quelle: Die Europäische Kommission, 2018.³

Die EU ist auch bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern erfolgreich und hat sich als ein Schlüsselfaktor für die Bemühungen um den Erhalt des globalen Handelssystems erwiesen. Bisher

konnte Brüssel 37 Handelsabkommen aushandeln; 47 sind teilweise implementiert und neun werden derzeit noch bearbeitet. Zum Zeitpunkt des Erstellens dieses Handbuchs haben die Mitgliedstaaten Zugang zu 84 Märkten außerhalb der EU. Diese Märkte schließen nicht die vielversprechenden Handelsabkommen mit Mercosur-Ländern oder mit Indien ein.

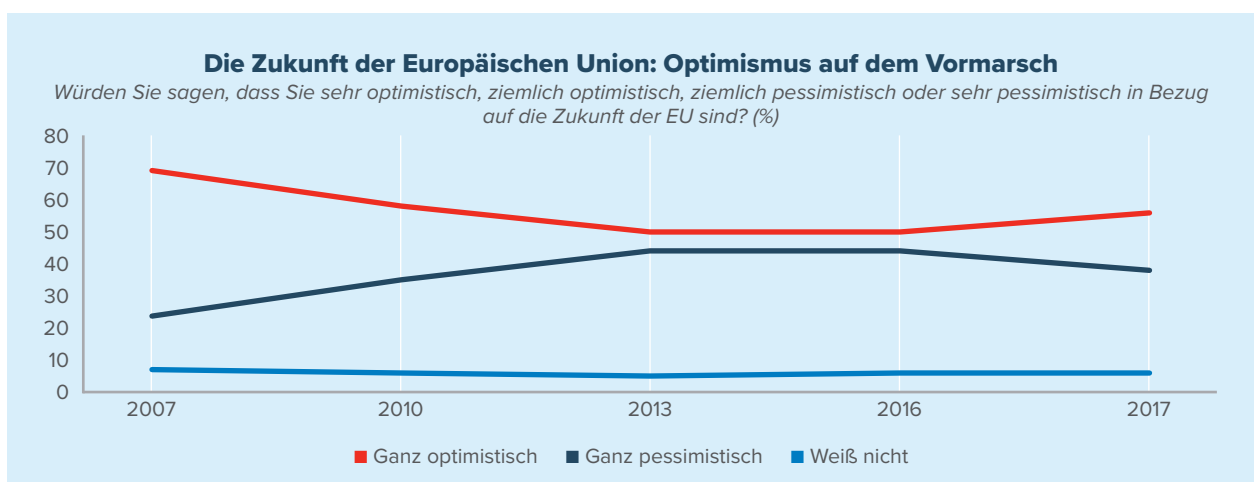
Eines der wichtigsten Projekte der letzten Jahre war der Verteidigungspakt der Europäischen Union, auch bekannt als Permanent Structured Cooperation (PESCO). Diese Initiative zielt darauf ab, die Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung zwischen den „fähigen und willigen“ Mitgliedstaaten (bisher 25) zu vertiefen, um gemeinsam Fähigkeiten zu entwickeln und sie für militärische Operationen der EU verfügbar zu machen.⁴

Diese große Bandbreite an Initiativen zeigt, dass sich die EU wie ein Lebewesen verhält, das aus eigenen Fehlern lernt, sich an neue Entwicklungen anpasst und dementsprechend die eigenen Aspekte ändert. Beispielsweise leitete Brüssel basierend auf der Entscheidung Grönlands, sich nach dreijährigen Verhandlungen 1985 von der EU zu trennen,⁵ einen Überprüfungsprozess ein, der 2009 im Vertrag von Lissabon gipfelte. Zum ersten Mal in der Geschichte entwickelte die EU ein Verfahren für den freiwilligen Austritt von Mitgliedstaaten aus der Union. In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im April 2018 hob der französische Präsident Emmanuel Macron auch „Schwachstellen“ innerhalb der EU hervor, die

„die Schaffung einer neuen europäischen Souveränität erfordern, die unseren Bürgern eine klare Antwort bietet und zeigt, dass wir sie in dieser wandelbaren Welt schützen können“.⁶

Es stimmt, dass einige Bürger von der Politik und den EU-Initiativen enttäuscht sind. Sparmaßnahmen der so genannten Troika - des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission - waren eine wesentliche Quelle der Unzufriedenheit in Griechenland, Italien und Spanien. Es ist zum Brexit gekommen, weil die britischen Bürger der Meinung waren, dass die EU ineffizient sei und die Interessen einer kosmopolitischen Elite vertrete.

Solche negativen Wahrnehmungen stehen jedoch zunehmend im Widerspruch zu der Meinung vieler Europäer. Laut Meinungsumfragen von Eurobarometer ist der Optimismus für die Zukunft der EU von 49 Prozent im Jahr 2012 auf 56 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. Das Image der EU in der Öffentlichkeit verbessert sich ebenfalls. 40 Prozent stehen der Organisation heute positiv gegenüber, 21 Prozent negativ (10 Prozent Zunahme seit 2012)⁷ ●



Quelle: Standard. Eurobarometer. 87. Schlüsselrends. Die Europäische Kommission

MYTHOS NR. 2: DIE MITGLIEDSTAATEN STEHEN UNTER DEM „DIKTAT VON BRÜSSEL“

Allgemein verbreitete Meinung: Der „Brüssel-Diktat-Mythos“ ist zeitlos und kehrt regelmäßig wie ein Bumerang zurück. Jedes Mal bezieht er sich auf andere Fragen und Themen, verweist aber oft auf die vermeintlich bösen Absichten der Europäischen Kommission, die aus nicht gewählten Beamten besteht und die den Mitgliedstaaten das Leben schwer mache.

Reality-Check: Die EU besteht aus souveränen Staaten. Es stimmt, dass Regierungen wichtige Aspekte der souveränen Macht innerhalb eines supranationalen europäischen Rahmens bündeln. Dafür erhalten sie zum einen Zugang zum wertvollsten Binnenmarkt der Welt und zum anderen die Freizügigkeit für die Menschen. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten die EU als Plattform nutzen, um ihre Interessen und Werte zu vertreten und die Reaktionen der EU auf Herausforderungen (wie Terrorismusbekämpfung, Internet-Governance, ökologische Nachhaltigkeit) mitzugestalten, wie sie es allein nicht schaffen würden.

Abschließend muss betont werden, dass die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten durch keine zentrale souveräne EU-Regierung ersetzt wurden. Vielmehr üben die Mitgliedstaaten Elemente von souveräner Autorität in einem Prozess ständiger Verhandlungen untereinander und mit den EU-Institutionen aus.

Es ist wahr, dass die Kommission stark ist und eine politische Führung sowie administrative Funktionen besitzt. Aber sie beherrscht die EU nicht. Die meisten Rechte in der EU werden in Wirklichkeit von gewählten Regierungen im Europäischen Rat, im Ministerrat und im direkt gewählten Europäischen Parlament wahrgenommen, deren Einfluss mit jeder Vertragsrevision an Macht gewinnt.

Schließlich hat jede Regierung Bürokraten, die selbstverständlich nicht gewählt werden. Die EU verfügt derzeit über rund 32.000 Beamte, die 500 Millionen Europäern dienen. Im Vergleich dazu beschäftigen Deutschland (Bevölkerung: 82 Millionen), Großbritannien (65 Millionen) und Polen (38 Millionen) rund 315.000, 400.000 und 427.000 Bürokraten.⁸ Schließlich sind 2,6 Millionen Beamte⁹ bei der US-Regierung angestellt; das bedeutet, dass das Verhältnis zwischen den Bürgern und den Beamten bei 10.000 : 1 realistisch ist, wenn man bedenkt, dass die EU rund 200 Millionen mehr Bürger repräsentiert als Washington ●

	Einwohnerzahl	Anzahl der Beamten
EU	500 Millionen	32,000
Vereinigte Staaten	325 Millionen	2600,000
Deutschland	82 Millionen	315,000
Vereinigtes Königreich	65 Millionen	400,000
Polen	38 Millionen	427,000

MYTHOS NR. 3: DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN „BÜROKRATISCHES MONSTER“

Allgemein verbreitete Meinung: *Kritisiert wird bekanntermaßen zu viel Bürokratie aus Brüssel, was die Mitgliedstaaten massiv belastet. Bedenken über die übermäßigen und „unnötigen Regulative“ der EU wurden während der Kampagne für das Referendum vom Pro-Brexit-Lager konsequent und wiederholt vorgelegt. Einige Beispiele für extreme EU-Bürokratie sind die Verbote von stark gebogenen Bananen und die Regulierung von 30 verschiedenen Elektrogeräten wie Staubsaugern, Wasserkochern, Toastern und Rasenmähern.*



Reality-Check: Ja, die EU regelt Elektrogeräte, einschließlich Staubsaugern und Wasserkochern, doch mit dem Ziel, die Sicherheit und Energieeffizienz zu verbessern.¹⁰ Darüber hinaus werden bei konkreten Regulierungen regelmäßig Konsultationen mit dem Wirtschaftssektor geführt, vor allem wenn es sich um neue Richtlinien für elektrische Haushaltsgeräte handelt.

Weitere Argumente, die die Nutzlosigkeit und die Extreme der EU-Verordnungen betreffen, sind übertrieben. Ja, Brüssel reguliert Größe und Form von in der EU verkauften Bananen (einschließlich der

importierten Bananen), allerdings mit dem Ziel, Bananen - und andere Früchte - besser als Klasse 1 und Klasse 2 klassifizieren zu können.¹¹ Diese Einstufungen spiegeln wiederum die Verpflichtung der EU wider, die Qualität der Produkte für ihre Bürger zu verbessern.

Es besteht kein Zweifel daran, dass einige EU-Verordnungen nicht perfekt sind. Zum Beispiel hindern sie Unternehmen nicht daran, qualitativ minderwertige Lebensmittel an mitteleuropäische Staaten zu verkaufen. Tschechische und ungarische Studien haben erhebliche Unterschiede bei den Lebensmittelzutaten in Milchpulver, Brot und Schokoladenaufstrich festgestellt, die unter den gleichen Markennamen in der gesamten EU verkauft wurden.¹² Nachdem die Visegrád-4-Staaten jedoch mehr Druck auf die Europäische Kommission ausgeübt hatten, wurde die Verordnung über unlautere Geschäftspraktiken geändert, um die Hersteller zu zwingen, die Zutaten deutlich zu deklarieren ●

MYTHOS NR. 4: FRANKREICH UND DEUTSCHLAND DOMINIEREN DIE EUROPÄISCHE UNION

Allgemein verbreitete Meinung: *Frankreich und Deutschland dominieren die EU so stark, dass Berlin und Paris allen anderen europäischen Ländern die deutsch-französischen Präferenzen diktieren.¹³ Beide Länder wurden auch beschuldigt, Abkommen abzuschließen, welche die Legitimität untergraben und den Unmut anderer Mitgliedstaaten hervorrufen.*

Reality-Check: Seit Beginn des europäischen Projekts war der „deutsch-französische Motor“ die treibende Kraft der Integration. Mit einer Bevölkerung von mehr als 80,5 Millionen bzw. 67 Millionen Einwohnern sind Frankreich und Deutschland wirtschaftliche Kraftzentren und die höchsten Nettobeitragszahler im EU-Haushalt.¹⁴

Die Kritik, dass Frankreich und Deutschland allein größere politische Veränderungen in der EU vornehmen, ist jedoch weit von der Wahrheit entfernt. Die Entscheidungsfindung ist in der Tat ein komplexer Prozess, an dem das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Europäische Rat sowie eine Reihe von weiteren beteiligten Institutionen und Agenturen teilnehmen.¹⁵ In der Kommission haben Deutschland und Frankreich je einen Kommissar, so wie eben alle 28 EU-Mitgliedstaaten, während im Europäischen Parlament die Sitze nach der Bevölkerungsanzahl verteilt werden; nach dem Brexit wird eine degressive Proportionalität erfolgen, um die Vertretung kleinerer Mitgliedstaaten zu stärken. Es stimmt, dass der Rat das oberste Entscheidungsgremium ist, in dem die Führungskräfte der größten Länder eine bedeutende Rolle spielen. Der Rat trifft jedoch seine Entscheidungen unabhängig von den anderen beiden Organen. Darüber hinaus sind Deutschland und Frankreich nur zwei von 28 Vertretern des Rates. Über die sensibelsten Fragen, darunter auch Fragen der EU-Mitgliedschaft, des Haushalts und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wird einstimmig entschieden. Einfach gesagt, jeder hat die gleiche Stimme.

Die EU bietet viele andere Plattformen, auf denen die Mitgliedstaaten ihre Interessen abstimmen und Koalitionen bilden können. Dazu gehören regelmäßige und Ad-hoc-Arbeitsgruppen auf EU-Ebene sowie regionale Arbeitsgruppen, Konferenzen und Seminare in europäischen Institutionen und auf Ministeriums- und NGO-Ebene. Plattformen allein reichen jedoch nicht aus, um die Entscheidungsfindung zu beeinflussen, wobei die Fähigkeit, Ressourcen zu investieren, und eine starke Führung eine wichtige Rolle bei der Einflussnahme spielen. Ein markantes und effektives Gleichgewicht zwischen Plattformen und Qualitäten hat es zweifellos kleineren Staaten wie Österreich, Belgien, Estland und Irland ermöglicht, eine Schlüsselrolle bei den Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu spielen.¹⁶

Kleine Länder schaffen es zudem, ihren Interessen durch Zusammenarbeit und Koalitionsbildungen auf EU-Ebene Gewicht zu verleihen. Die Visegrád-4-Staaten beispielsweise konnten ihre starke Rhetorik über illegale Migration zusammenführen, um Einfluss auf die EU-Quotenzuweisungspolitik zu nehmen. Zypern war etwa in der Lage, seine EU-Mitgliedschaft dazu zu nutzen, eine Aussetzung der Beitrittsgespräche mit der Türkei zu forcieren.¹⁷

Und schließlich war es nie die Absicht von Frankreich und Deutschland, gemeinsam die EU zu regieren. Die Standpunkte beider Staaten unterscheiden sich oft. Während Deutschland zum Beispiel in Bezug auf die Haushaltsdisziplin und eine politische Union eine positive Meinung einnimmt, unterstützt Frankreich die Einführung gemeinsamer Fiskaltransfers auf EU-Ebene, während kein Interesse an einer politischen Union besteht.¹⁸ Das bedeutet, dass fast jedes vorläufige Abkommen über eine gemeinsame deutsch-französische Initiative das Ergebnis eines Konsenses darstellt, der tendenziell eher moderat ist ●

MYTHOS NR. 5: DER EURO IST DIE URSACHE ALLEN ÜBELS

Allgemein verbreitete Meinung: *Nach der Krise in der Eurozone wurde die Gemeinschaftswährung stark kritisiert. Während einige Leute glauben, dass der Euro um jeden Preis verteidigt werden muss, betrachten andere die gemeinsame Währung als die Ursache allen Übels. Euroskeptiker werfen dem Euro unter anderem vor, den Preis eines Baguettes zu erhöhen, Exportkapazitäten zu senken, eine Immobilienblase zu schaffen und die schwerste Finanzkrise in Europa seit 1929 zu verursachen. Einfach ausgedrückt: „Die Eurozone ist gescheitert (und) war ein schlechtes Experiment“.¹⁹*

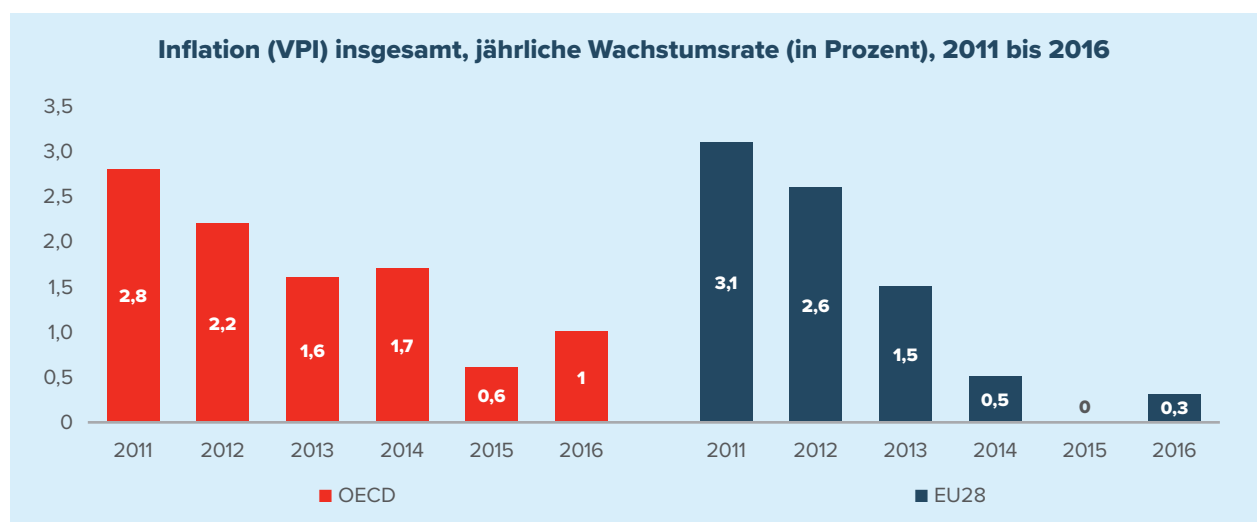
Reality-Check: Stellen Sie sich kurz vor, dass die Einführung des Euro wie das Umsatteln vom alten Fahrrad auf ein neues glänzendes Motorrad wäre. Sie können schneller wohin auch immer gelangen sowie mit Familie und Freunden in Kontakt kommen, die um die Ecke leben. Aber Vorsicht! Wenn Sie rücksichtslos, zu schnell und ohne Helm fahren, können Sie recht schwere Verletzungen erleiden.

Um es einfach zu sagen: Während der Euro nicht perfekt ist, ist die Europäische Währungsunion keineswegs eine ökonomisch fehlerhafte Initiative. Von Anfang an war der

Euro sowohl ein politisches als auch ein wirtschaftliches Projekt. Darüber hinaus trug er erfolgreich zur Schaffung einer einheitlichen europäischen Identität bei, die für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung ist. Der Euro bedeutet zugleich eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten für eine stabile Währung und Wirtschaft.²⁰

Eine einheitliche Währung bietet viele Vorteile, etwa dass die Bürger, wenn sie ins Ausland reisen, für die Währungskonversion keine Gebühren zahlen müssen, so auch beim Geldtransfer oder beim Abheben von Bargeld in einem anderen Land der Eurozone. Unternehmen profitieren von der Nichtexistenz der Wechselkursrisiken oder Transaktionskosten für grenzüberschreitende Geschäfte. Im Durchschnitt ist es einfacher und billiger, Geld von Banken oder anderen Quellen zu leihen.

Seit seiner Einführung trug der Euro dazu bei, die Preise in der Eurozone stabil zu halten. So gelang es, negative Auswirkungen für die Wirtschaft wie Kaufkraftverlust oder Geldwertverlust zu vermeiden. Während dieses Zeitraums lag die Inflation bei oder unter zwei Prozent, dem Referenzwert der Europäischen Zentralbank.²¹



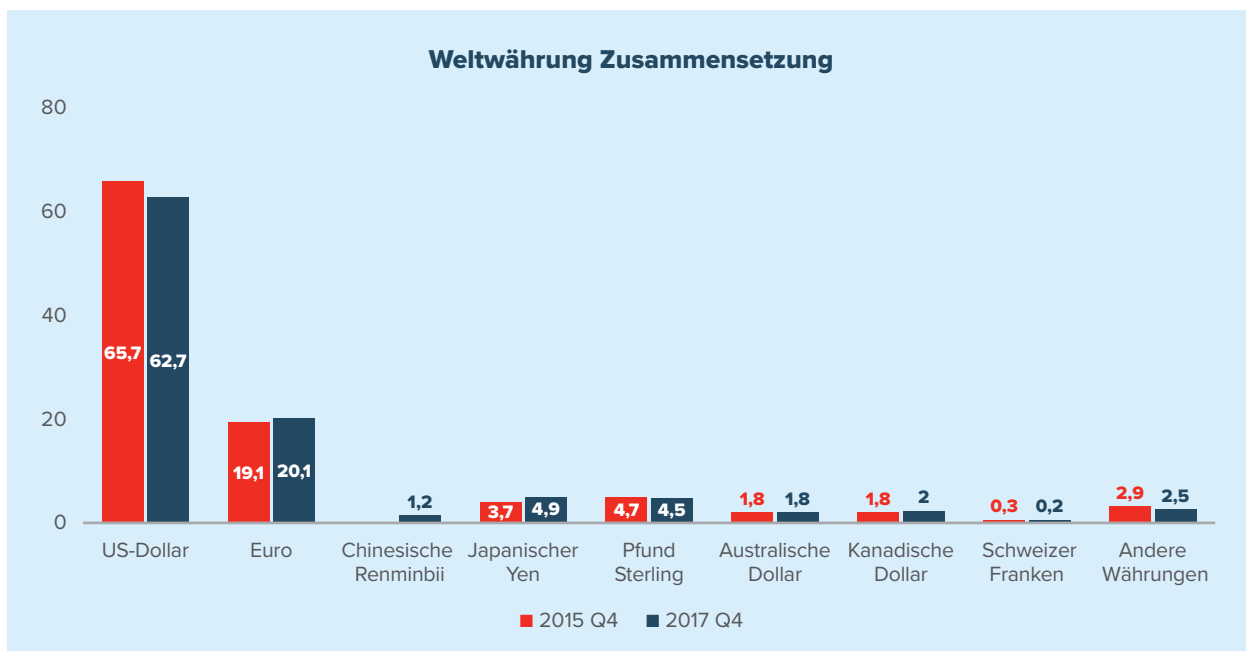
Quelle: OECD, 2018.²²

Genauer gesagt war die durchschnittliche Inflationsrate in der EU zwischen 2011 und 2016 mit 1,5 Prozent etwas niedriger als im OECD-Raum (1,6 Prozent). Zum Vergleich: In den Jahren zwischen 1961 und 1991 betrug die durchschnittliche Inflationsrate in Frankreich, Deutschland oder Spanien 6,6 Prozent, 3,4 Prozent bzw. zehn Prozent.

Der Euro steht gegenüber anderen Währungen gar nicht mal so schlecht da. Gegenwärtig ist es die am zweithäufigsten gehaltene Reservewährung und umfasst etwa 20 Prozent der zugewiesenen Beteiligungen. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds ist sein Anteil stetig von 19 Prozent im Jahr 2015 auf 20 Prozent im Jahr 2017 gestiegen.²³ Sechzig Länder und Regionen, die 175 Millionen Menschen repräsentieren, haben ihre eigenen Währungen entweder direkt oder indirekt an den Euro angebunden.²⁴

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Eurozone weiter reformiert werden muss, um widerstandsfähiger gegen das Auf und Ab des Konjunkturzyklus zu werden. Die Einführung des Euro bringt jedoch die Länder in den Kern der EU-Steuerung und bietet ihnen größere Möglichkeiten, die Agenda zu gestalten und an den institutionellen und politischen Rahmenbedingungen teilzunehmen. Die Mitgliedschaft in der Eurozone stärkt auch die Stimme eines Landes in den europäischen

Integrationsprozessen und bestimmt seine geopolitische Ausrichtung. Schließlich spricht sich die europäische Öffentlichkeit trotz aller Rhetorik für den Euro aus, wobei die folgende Umfrage vom September 2017 60 Prozent zugunsten der Währung gegenüber 20 Prozent zuungunsten der Währung zeigt²⁵ ●



Quelle: IWF, 2017.

MYTHOS NR. 6: DIE EUROPÄISCHE UNION IST IM FREIHANDEL „NAIV“

Allgemein verbreitete Meinung: *Die EU tut nicht genug, um ihre Bürger vor der Globalisierung zu schützen. Den Kritikern zufolge ist die Europäische Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen gegenüber Drittstaaten zu großzügig und macht zu viele Zugeständnisse, insbesondere im Agrarsektor.*

Reality-Check: Die Europäische Union ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt, wobei bei etwa 70 Prozent ihrer Importe Null-Zölle oder reduzierte Zölle anfallen. Statistiken zeigen, dass EU-Verbraucher dank der größeren Auswahl an Waren, die der Freihandel zur Verfügung stellt, jährlich etwa 600 Euro gewinnen.²⁶ Darüber hinaus hängen etwa 31 Millionen Arbeitsplätze in Europa - direkt oder indirekt - von der Fähigkeit der EU ab, frei im Welthandel zu agieren. Vereinfacht gesagt ist jeder siebte europäische Job von den Außenhandelsaktivitäten der EU abhängig. Im vergangenen Jahr hat die EU ihre Freihandelsabkommen durch den Abschluss von Vereinbarungen mit Japan, durch die Aktualisierung von fünf alten Handelsabkommen (Aserbaidschan, Chile, Mexiko, Marokko und Tunesien) sowie durch die Vermittlung neuer Abkommen mit Mercosur, Australien, Neuseeland und Indien gestärkt. Infolge der abgeschlossenen und der aktuellen Verhandlungen über Freihandelsabkommen könnte sich das BIP in der EU um mehr als zwei Prozent auf 250 Milliarden Euro erhöhen.

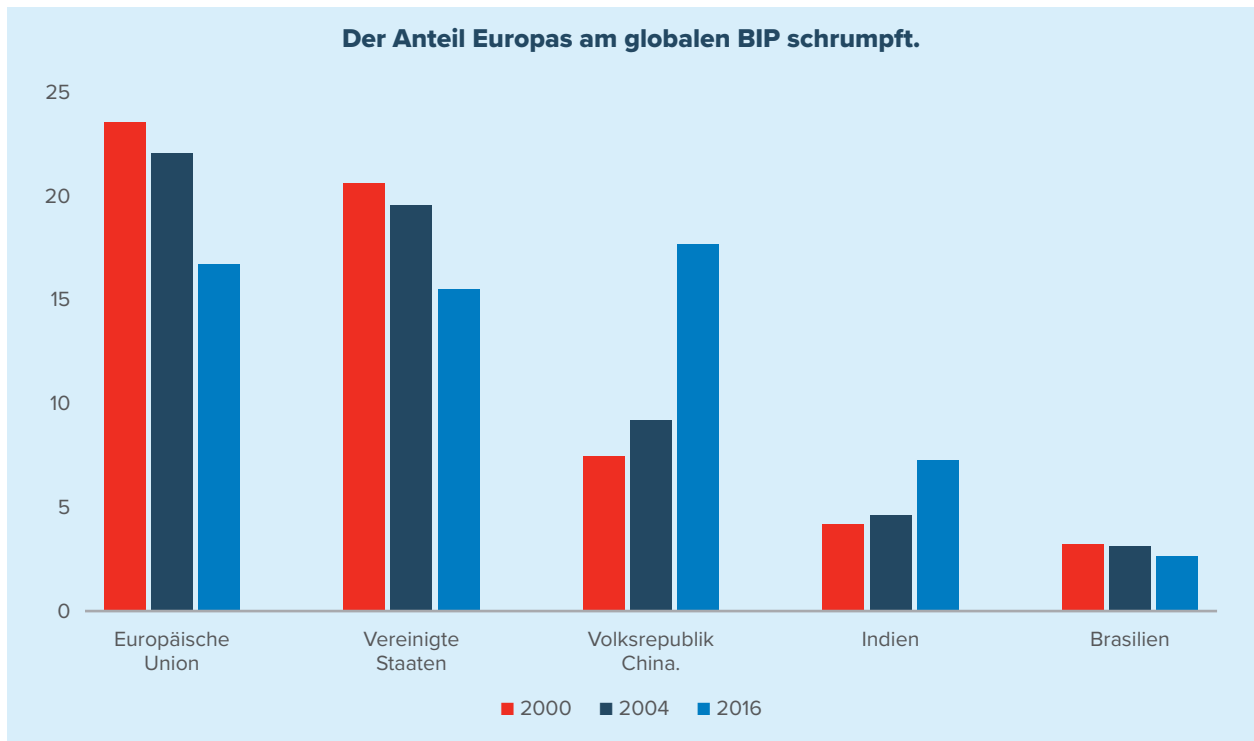
Es stimmt, dass die EU ihre Einfuhrzölle gesenkt hat (weshalb sie als „naiv“ bezeichnet wurde), das haben jedoch auch andere getan. Nach Angaben der Weltbank sind die Importzölle, die global auf den Wert der Importe geltend gemacht werden, in der Zeit zwischen 2002 und 2015 weltweit zurückgegangen.²⁷ Der von der Europäischen Union angewandte Durchschnittstarif (5 Prozent im Jahr 2016) liegt immer noch etwas höher als der der Vereinigten Staaten (3,4 Prozent) oder von Japan (4,5 Prozent).²⁸ Konsistent jedoch ist, dass einige der führenden Volkswirtschaften der Welt die Zölle zur gleichen Zeit gesenkt haben.

Es trifft auch zu, dass die Europäische Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen Zugeständnisse macht. Ein Freihandelsabkommen, das die Interessen eines Drittlandes und der 28 EU-Mitgliedstaaten ausgleicht, wäre ohne gewisse Kompromisse nicht möglich. Das jüngste Beispiel mit Mercosur zeigt, dass Brüssel den Zugang zu Industrieerzeugnissen sucht (im Interesse Deutschlands und seiner EU-Binnen-Handelspartner wie Tschechien, Slowakei und Polen), jedoch auf landwirtschaftlichen Konzessionen besteht (entgegen den Interessen von Frankreich und Polen). Dennoch ist sich die EU der Notwendigkeit bewusst, den internationalen Handel so zu gestalten, dass er die Interessen der Mitgliedstaaten widerspiegelt. Deshalb ist es eine der Prioritäten, globale Standards und internationale Normen zu setzen und zu gestalten. Darüber hinaus haben sich die Brüsseler Abkommen von markanten „klassischen“ Freihandelsabkommen (mit Schwerpunkt auf Importzollsenkung und Warenhandel) zu einer neuen Generation entwickelt, die eine breite Palette von Aspekten wie Dienstleistungen, öffentliches Auftragswesen, Investitionen und regulatorische Zusammenarbeit umfassen. Im Hinblick auf die Bedenken bezüglich der wachsenden chinesischen Investitionen in strategischen Sektoren in der EU (wie Technologieunternehmen und Infrastruktur) plant die EU, ausländische Investitionen freiwillig zu prüfen, indem sie Mitglieder dazu ermutigt, Informationen über mögliche Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit auszutauschen.

Letztendlich bleibt der EU keine andere Wahl, als mitzumachen. Ihr Anteil am Weltwirtschaftsvolumen ist rückläufig (von 22 Prozent im Jahr 2004 auf 16 Prozent im Jahr 2016), während die Volkswirtschaften außerhalb der EU schneller wachsen.²⁹ Chinas Anteil am globalen BIP stieg von neun Prozent im Jahr 2004 auf 18 Prozent im Jahr 2016, Indiens von 4,5 Prozent im Jahr 2004 auf sieben Prozent im Jahr 2016. Es ist besser für die EU-Staaten, mit einer Stimme zu sprechen, da der steigende Einfluss der Wirtschaft in Entwicklungs-

und Schwellenländern die Notwendigkeit kollektiver Handlungen verstärkt. Angesichts der Größe einiger Volkswirtschaften in der Welt ist es für die einzelnen Staaten der EU besser, die Handelsabkommen als Block gemeinsam und nicht als einzelne Mitgliedstaaten separat auszuhandeln. Deutschlands Anteil am BIP der

Welt beträgt beispielsweise 3,2 Prozent, aber die von Polen (0,88 Prozent) oder der Slowakei (0,14 Prozent) sind zu klein, um China (17,7 Prozent), Indien (7 Prozent) oder Japan (4,3 Prozent) zu konkurrieren³⁰ ●



Quelle: IWF, 2018.

MYTHOS NR. 7: EIN KOMPLIZIERTER DATENSCHUTZ BEHINDERT DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EUROPÄISCHER UNTERNEHMEN

Allgemein verbreitete Meinung: Die EU-Datenschutzbestimmungen (sog. Datenschutz-Grundverordnung) sind äußerst kompliziert und schwer umzusetzen. Europäische Unternehmen werden so eingeschränkt sein, dass sie nicht mehr in der Lage sind, den technologisch innovativen Unternehmen aus der ganzen Welt zu konkurrieren.

Reality-Check: Datenschutz und Verbraucherschutz waren schon immer mit der Notwendigkeit konfrontiert, ein Gleichgewicht zwischen den technologischen Innovationen und den geschäftlichen Interessen zu erreichen. Der Datenschutz ist jedoch für unternehmerische Aktivitäten nicht unbedingt schädlich. Die Datenschutz-Grundverordnung der EU bietet Konsumentenschutz und ist wirtschaftlich sinnvoll.

Zweitens heben strengere Datenschutzbestimmungen die EU zwar vom Rest der Welt ab, das bedeutet jedoch nicht, dass sie nur für europäische Unternehmen gelten. Alle Regierungen und Unternehmen, die mit personenbezogenen Daten von EU-Bürgern arbeiten, müssen sich zur Einhaltung dieser Regeln verpflichten oder mit Bußgeldern in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent der weltweiten Einnahmen rechnen (je nachdem, welcher Betrag höher ist). Angesichts der Anziehungskraft eines Marktes, bestehend aus 500 Millionen relativ reicher Verbraucher, exportieren die EU-Staaten so ihre Datenschutzbestimmungen effektiv in den Rest der Welt.

Was bedeutet die Datenschutz-Grundverordnung?

- ▶ standardisierter Datenschutz in ganz Europa
- ▶ einfache Handhabung für Unternehmen in der gesamten EU
- ▶ das Recht, personenbezogene Daten einzusehen und zu erfahren, wie sie kostenlos genutzt wurden
- ▶ das Recht, personenbezogene Daten löschen zu lassen

Erstens vereinheitlicht und strafft sie die Datenschutzvorschriften in ganz Europa, wodurch die unternehmerische Tätigkeit EU-weit leichter wird, was es wiederum den Unternehmen möglich macht, effizienter zu expandieren.

Drittens besteht infolge der Skandale im Zusammenhang mit der kontroversen Nutzung personenbezogener Daten durch soziale Medien, Marketingagenturen und politische Kampagnen ein verstärkter Anreiz für globale Technologieunternehmen, europäische Standards auf andere auszudehnen. Die stärkere Beachtung von

Datenschutzaspekten und die Empörung der Öffentlichkeit im Zuge der Facebook-Cambridge-Analytica-Vorschriften werden potenziell mehr Verbraucher zu Unternehmen mit einer vertrauenswürdigen Datenschutzagenda hinziehen. Transparente Informationen darüber, wie mit Verbraucherdaten umgegangen wird, führen zu einem erhöhten Vertrauen der Verbraucher in die Marke.

Es gibt zweifellos Herausforderungen im Zusammenhang mit einem verstärkten Datenschutz, einschließlich der potenziellen Verlangsamung der Entwicklung künstlicher Intelligenz (AI). Die Verfügbarkeit riesiger Datenmengen hat China einen Wettbewerbsvorteil in diesem Bereich beschert. Die Daten über Europäer zu sammeln und massenhaft zu nutzen, wird in der EU de facto nicht so einfach sein wie in China. Darüber hinaus sehen die GDPR-Anforderungen auch vor, dass im Falle einer Entscheidung, die durch einen Algorithmus getroffen wurde (beispielsweise beim Gewähren eines Darlehens, der Freilassung einer Person gegen Kautionszahlung oder dem Verkauf einer Art von Krankenversicherung), die Person ein Recht auf eine von einem Mitarbeiter/Beamten durchgeführte Überprüfung hätte. Die Einführung des menschlichen Faktors würde in der Tat die Kosten des Geschäftsmodells erhöhen.

Nichtsdestotrotz haben mehrere europäische Länder Pläne zur Anwendung der künstlichen Intelligenz - in jüngster Zeit auch Frankreich - angenommen und zugesichert, sodass sie mit der Datenschutz-Grundverordnung der EU kompatibel sein werden. Darüber hinaus arbeitet die EU-Kommission an einem gemeinsamen europäischen Ansatz für AI, der durch das Bündeln von Ressourcen und Forschung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich darauf abzielt, die EU global wettbewerbsfähiger zu machen. Die Kommission wird Vorschläge unterbreiten, wie die von den öffentlichen Verwaltungen gesammelten Daten für die Entwicklung von Lösungen für künstliche Intelligenz zur Verfügung gestellt werden können. Die Entwicklung von AI-Mechanismen, denen die Menschen vertrauen und die sie akzeptieren, wird letztendlich die anfänglichen Hindernisse ausgleichen, die durch die Notwendigkeit entstehen, Lösungen zu finden, die mit den Anforderungen an den Datenschutz vereinbar sind ●

MYTHOS NR. 8: WIR ERLEBEN EINE ISLAMISIERUNG EUROPAS

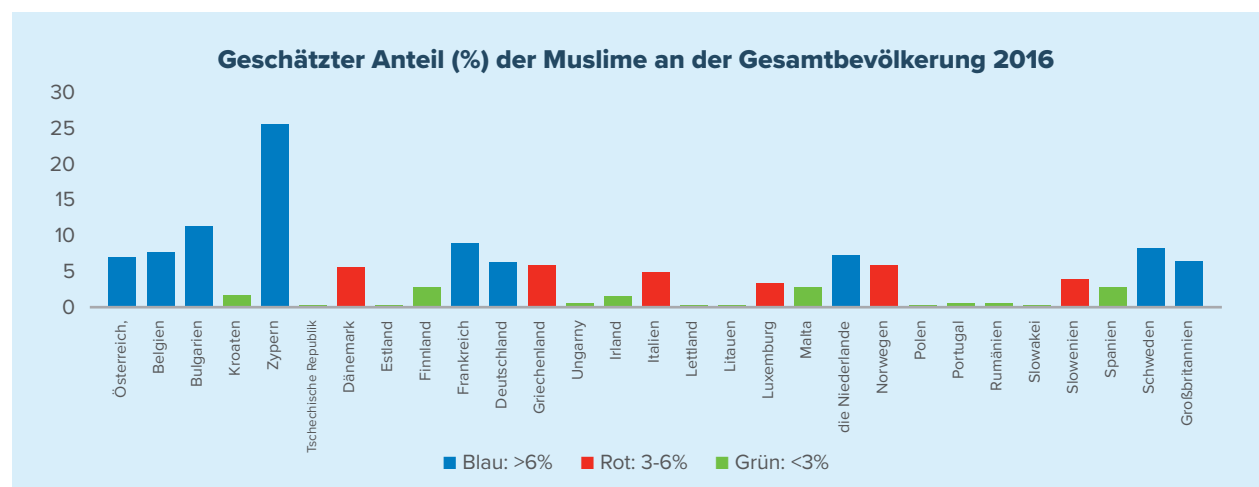
Allgemein verbreitete Meinung: Viele Europäer glauben, dass der Islam nicht zur Europäischen Union gehört und der muslimische Glaube eine zivilisatorische Bedrohung für christlich-westliche Werte darstellt. Dieser Mythos ist nicht neu. Seit 2007 hat sich die dänische Aktionsgruppe „Stop Islamization of Europe“ verpflichtet, „die Umsetzung der Scharia in Europa zu verhindern und abzuwehren“.³¹ In seinem umstrittenen Buch „Soumission/Unterwerfung“ (veröffentlicht am Tag der „Charlie Hebdo“-Angriffe in Paris) stellt sich der französische Autor Michel Houellebecq in naher Zukunft ein Frankreich unter islamischer Herrschaft nach der Wahl eines muslimischen Präsidenten vor.

Reality-Check: Es ist wahr, dass die muslimische Bevölkerung Europas wächst. Eine Studie des Pew Research Center zeigt, dass die muslimische Bevölkerung in Europa von 19,5 Millionen im Jahr 2010 auf 25,8 Millionen im Jahr 2016 gestiegen ist - und dieser Trend hält an³². Trotzdem werden die muslimischen Einwohner in nächster Zeit nicht in der Mehrheit sein und wir erleben auch keine Islamisierung Europas.

Erstens machen die Muslime derzeit nur fünf Prozent (Stand 2016) der gesamten europäischen Bevölkerung aus, und ihre Zahl wird bis 2030 auf sechs Prozent

steigen. Ab diesem Punkt wird erwartet, dass die muslimische Bevölkerung Europas voraussichtlich bis zum Jahr 2050 auf schätzungsweise 7,4 Prozent steigen wird. Dieser Bevölkerungszuwachs geschieht jedoch auf natürliche Weise und wird nicht nur von Migrationswellen getrieben; die EU-Bürger muslimischen Glaubens haben eine höhere Geburtenrate (2,6) als die nichtmuslimischen (1,6).³³

Zweitens ist der Islam ein etablierter Bestandteil der europäischen Kultur und des kulturellen Erbes. Schätzungsweise 25,4 Prozent der Bevölkerung Zyperns sind aufgrund der historischen Präsenz der türkischen Zyprioten im Norden der Insel muslimisch. Auch in Frankreich (8,8 Prozent), Schweden (8,1 Prozent), Belgien (7,6 Prozent), den Niederlanden (7,1 Prozent) und Deutschland (6,1 Prozent)³⁴ finden sich signifikante muslimische Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus spiegelt das EU-Motto „In Vielfalt geeint“ die Offenheit des Bündnisses für viele verschiedene Kulturen, Traditionen und Sprachen wider. Reiche und innovative Länder sind multikulturell. Die Daten aus den Vereinigten Staaten deuten außerdem darauf hin, dass qualifizierte Einwanderer sowohl zu Forschung und Innovation als auch zum technologischen Fortschritt beitragen.³⁵



Quelle: Pew Research Center, 2017.

Schließlich ist der Vorrang der „christlich-westlichen“ Kultur in Europa nicht wegen der sogenannten „Invasion der Muslime“, sondern der sich wandelnden Struktur der europäischen Gesellschaft rückläufig. Jüngste Meinungsumfragen in zwölf europäischen Ländern legen nahe, dass die Mehrheit der jungen Menschen keiner Religion folgt. Zum Beispiel behaupten 91 Prozent der Tschechen, 80 Prozent der Esten, 75 Prozent der Schweden, 72 Prozent der Niederländer und 67 Prozent der Ungarn, keine religiösen Affinitäten zu haben.³⁶ Darüber hinaus zeigt das Verbot in einigen europäischen Ländern (Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien), Burkas, Niqabs oder „Burkinis“ öffentlich zu tragen, dass wir noch weit davon entfernt sind, Zeugen einer Islamisierung Europas zu werden. Frauen, die diese Verbote brechen, können mit einem Bußgeld von 150 Euro in Frankreich bis 1.378 Euro in Belgien bestraft werden ●

MYTHOS NR. 9: DIE EUROPÄISCHE UNION IST EIN PARADIES FÜR FLÜCHTLINGE

Allgemein verbreitete Meinung: *Mit ihren großzügigen Sozialleistungen und der Bereitschaft, Neuankömmlinge willkommen zu heißen, ist die EU zu einem Paradies für Flüchtlinge geworden. Viele Europäer sind der Ansicht, dass die EU-Politik der offenen Tür zu viele Migranten aus der ganzen Welt zur Flucht ermutigt hat. Unzufrieden mit ihren eigenen wirtschaftlichen Aussichten nach Jahren mit Sparmaßnahmen, besorgt über den zunehmenden Abbau von Arbeitsplätzen in Folge neuer Technologien oder verunsichert durch die Erosion einer vertrauten Lebensweise, fühlen sich viele Europäer von ihren eigenen Regierungen im Stich gelassen. Zu viel Geld, so die Logik, wird für Neuankömmlinge ausgegeben, vor allem für diejenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen, anstatt die Einheimischen zu unterstützen. Sie würden es vorziehen, Migranten aus der Europäischen Union herauszuhalten.*

Reality-Check: Europa ist heute oft für Flüchtlinge und Migranten, die nach Europa kommen, ein „verlorenes Paradies“, wenn dieses Paradies überhaupt jemals existiert haben sollte. Die Migrations- und Asylpolitik, einschließlich der Unterstützung von Flüchtlingen und der Anerkennungsquoten, sind auf dem ganzen Kontinent unterschiedlich. Aber selbst in den begehrtesten Zielländern unterscheiden sich die Schicksale von Asylbewerbern erheblich von dem, was sich die Menschen gemeinhin vorstellen.

Die Asylsuchenden erhalten zwar Unterstützung, zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind jedoch die Unterschiede groß und eine sorgenfreie Existenz wird kaum garantiert. Der größte Teil der Unterstützung wird in Form von Essen, Unterbringung in ausgewiesenen Einrichtungen oder Krankenversicherung erbracht. In den meisten Ländern wird eine Arbeitserlaubnis erst

Vorteile für Asylsuchende

- | | |
|-------------------|--|
| Estland | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Zuschuss von 90 Euro pro Monat, aber Asylbewerber müssen für Mahlzeiten bezahlen. Kleidung wird zur Verfügung gestellt. ▶ Nach Anerkennung erhalten die Antragsteller Zugang zu Integrationsprogrammen und Anspruch auf die gleichen Leistungen wie Gebietsansässige, einschließlich Sozialhilfe und Rente. |
| Frankreich | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Beihilfe von rund 343 Euro pro Monat während der Zeit des Antragsverfahrens. Asylsuchende können einen Antrag auf Unterkunft stellen. Die Beihilfe dient zur Deckung der Ausgaben für Lebensmittel, aber es sind oft „Lebensmittelbanken“ vorhanden. ▶ Kostenlose Krankenversicherung, während der Antrag geprüft wird. ▶ Keine Arbeitserlaubnis in den ersten zwölf Monaten. |
| Ungarn | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Ab dem zweiten Monat erhalten Asylbewerber 7.125 Forint (22 Euro) pro Monat in bar, was etwa einem Zehntel des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes entspricht. ▶ Wenn ein Asylantrag genehmigt wird, kann die Person für weitere zwei Monate im Auffanglager bleiben und die gleichen Leistungen beziehen. Für diejenigen, die einen „Integrationsvertrag“ unterzeichnen, stehen einige finanzielle Unterstützungen und Wohngeld zur Verfügung. |
| Italien | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Keine Arbeitserlaubnis, solange das Asyl nicht gewährt wurde oder während der ersten sechs Monate, je nach dem, was zuerst eintritt. ▶ Für jede Person in der Unterkunft werden 35 Euro / Tag bereitgestellt, aber das meiste davon geht an die Aufnahmezentren, um Essen und Unterkunft zu decken. Asylsuchende erhalten 2,50 Euro pro Tag als Taschengeld. Einige Zentren bieten Sprachkurse an. ▶ Nach Genehmigung des Asylantrags wird eine Aufenthaltsgenehmigung für ein, drei oder fünf Jahre erteilt, ohne Bargeld oder Unterkunft zur Verfügung zu stellen. |

dann erteilt, nachdem Asyl gewährt wurde, was Monate dauern kann. Personen, denen subsidiärer Schutz gewährt wird, haben in der Regel Anspruch auf ein noch niedrigeres Unterstützungsniveau, was oft das Recht ausschließt, ihre Familien in das Asyl gewährende Land zu holen.

Die Mitgliedstaaten haben begonnen oder beabsichtigen, die Unterstützung für Asylsuchende zu kürzen, einschließlich solcher Länder wie Österreich und Dänemark. Im Hinblick auf den Mangel an sozialen Netzwerken in einem neuen Land, die schlechten Sprachkenntnisse, die traumatische Vergangenheit und die Vorurteile seitens der lokalen Bevölkerung, wenn es um Unterkunft oder Arbeitssuche geht, macht die zeitlich begrenzte staatliche Unterstützung die Lebensbedingungen kaum besser, als sie Inländer in schwierigen Situationen erleben, selbst wenn die Sozialleistungen mit denen vergleichbar sind, die den Bürgern des Aufnahmestaats gewährt werden.

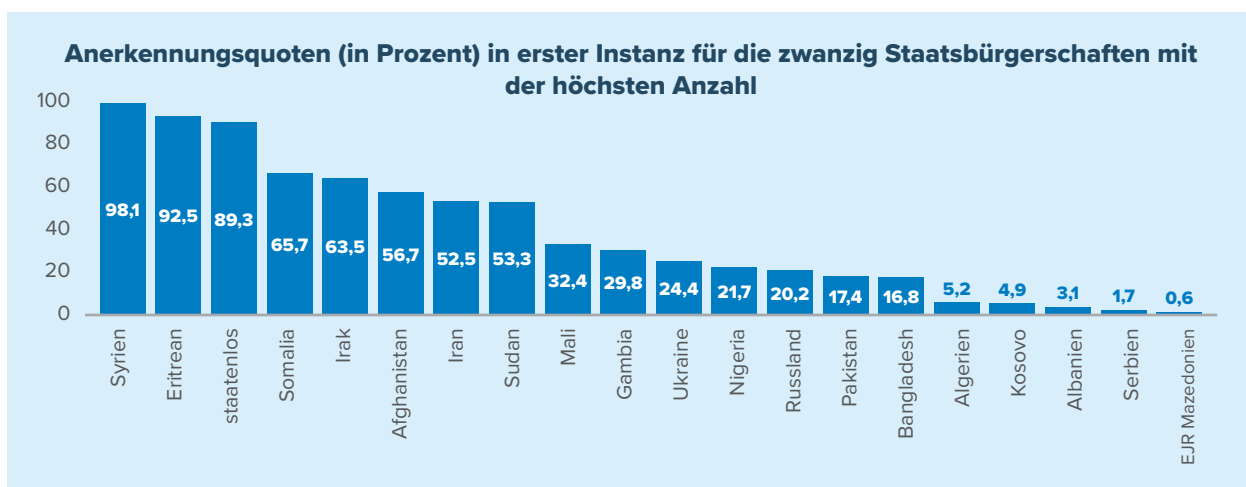
Entgegen der landläufigen Meinung wird nicht jede Person, die in die EU kommt und einen geschützten Status beantragt, diesen auch erhalten. Von den 650.000 Asylsuchenden, die erstmals im Jahr 2017 Schutz beantragten, erhielten nur 46 Prozent eine positive Entscheidung in erster Instanz (Flüchtling, subsidiärer Schutz oder Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen).³⁸ Darüber hinaus unterscheiden sich die Anerkennungsquoten zwischen den Mitgliedstaaten und sind in hohem Maße vom Herkunftsland des Antragstellers abhängig. Irland (89 Prozent), Litauen (78 Prozent) und Lettland (74 Prozent) verzeichneten im Jahr 2017 die höchsten Anteile positiver Asylentscheidungen im ersten Asylverfahren, während man in Tschechien,

Polen und Frankreich die höchsten Rückführungsquoten auswies (+70 Prozent). Syrer, die größte Gruppe, die seit 2013 Schutz in der EU erhält, haben die höchste Anerkennungsquote.

Es stimmt, dass die Ausweisungen langsam vollzogen werden. Aber die Anzahl und die Aufmerksamkeit für die Sache nehmen zu. Die meisten nicht erfolgreichen Antragsteller werden zusätzlich zu anderen ausländischen Staatsangehörigen, die illegal eingereist sind oder sich illegal hier aufhalten, aufgefordert, die EU zu verlassen. Es ist wahr, dass nicht alle 400.000 bis 500.000, die jedes Jahr ausgewiesen werden, die EU auch verlassen. Im Durchschnitt liegt die Ausweisungsquote bei rund 40 Prozent,³⁹ wobei 2015 und 2016 Steigerungen der absoluten Ausweisungsanzahl zu verzeichnen waren.⁴⁰ Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten erkennen an, dass die Rückführungsquoten niedriger als gefordert sind und entwickeln aktiv neue Maßnahmen zur Unterstützung einer effizienten und humanen Rückführungspolitik ●



Quelle: Die Europäische Kommission, 2017.⁴¹



Quelle: Eurostat, 2016.

MYTHOS NR. 10: FLÜCHTLINGE SIND DIE HAUPTURSACHE FÜR TERRORANSCHLÄGE IN EUROPA

Allgemein verbreitete Meinung: Mehrere Terroranschläge in Europa haben die Sorge verschärft, dass Terroristen die relativ lockeren Einreiseverfahren für Flüchtlinge nutzen, um in den EU-Raum vorzudringen. Diese Sorgen wurden erst durch die Tatsache verstärkt, dass einige der Pariser Angreifer 2015 bei der Einreise in die EU mit gefälschten syrischen Pässen vorgaben, Flüchtlinge zu sein. Europa muss aufhören, Flüchtlinge aufzunehmen, um den Terrorismus zu verhindern.

Reality-Check: Die Angst, Terroristen könnten das Asylsystem für verbrecherische Zwecke nutzen, ist in gewissem Maße berechtigt. Einfach die Türen vor den Flüchtlingen zu schließen wird Europa jedoch nicht sicherer machen.

Es wurde nachgewiesen, dass in den Jahren nach der Krise 2015 Asylbewerber an Terroranschlägen beteiligt waren, darunter beispielsweise in Würzburg, Ansbach, auf dem Berliner Weihnachtsmarkt (alles in Deutschland 2016) und in Stockholm im April 2017. Bei drei Tätern war der Asylantrag abgelehnt worden, während einer auf die Entscheidung über seinen Antrag wartete.

Insgesamt wurden die Terroranschläge in Europa überwiegend von EU-Bürgern begangen. Obwohl viele von ihnen einen Migrationshintergrund haben, waren Terroristen in Europa in der Regel Einheimische, wobei nur eine kleine Minderheit von Fällen auf die jüngste Flüchtlingswelle zurückgeht. Es ist tatsächlich bekannt, dass der ISIS die Migrationskrise für eigene Zwecke nutzt, einschließlich der Infiltrierung von Migrationsströmen. Die Routen wurden jedoch hauptsächlich dazu verwendet, ausländische Kämpfer in europäische Länder zurückzuführen. Die Tatsache, dass es sich hier um Europäer handelt, die nach Syrien gingen, um an der Seite des ISIS zu kämpfen, bevor sie zurückkehrten,

zeigt, dass sich das Terroristenproblem bereits in Europa befindet und nicht erst von Flüchtlingen eingeführt wird.

In einem Projekt, das die Profile von im Jahr 2015 festgenommenen Personen analysiert, hat GLOBSEC bisher festgestellt, dass 88 Prozent der Verhafteten ihr Leben in EU-Staaten verbrachten, wobei 77 Prozent eine EU-Staatsbürgerschaft besaßen.⁴²

Wichtig ist, dass die erfolgreiche Durchführung von Terroranschlägen sowohl vor als auch nach der Flüchtlingskrise von 2015 auf die Attraktivität des prosperierenden ISIS und der bereits existierenden Netzwerke in Europa zurückgriff. Vereinfacht gesagt brauchten die Verschwörer keine Flüchtlingswelle, um Angriffe auf europäischem Boden durchzuführen. Ohne dass wir uns mit der Anziehungskraft des ISIS auseinandersetzen oder die in Europa bereits vorhandenen terroristischen Netzwerke außer Gefecht setzen, werden sich die Angriffe fortsetzen – ganz egal, ob Europa Flüchtlinge akzeptiert oder nicht.

Darüber hinaus würde die Abweisung aller Menschen, die dringend Sicherheit brauchen, aufgrund der unverhältnismäßig geringen Gefahr von Terroranschlägen durch eine Handvoll Flüchtlinge nicht nur bedeuten, die moralischen Verpflichtungen Europas aufzuheben und die Vorteile einer jüngeren und vielfältigeren Gesellschaft aufzugeben, sondern auch zu markanteren Sicherheitsproblemen führen.⁴³

Hass auf Flüchtlinge, Fremdenfeindlichkeit und antimuslimische Einstellungen in ganz Europa zu schüren, spielt dem ISIS in die Hand - und das ist genau das, was der ISIS will. Das Abschotten Europas gegenüber Flüchtlingen würde das Argument stärken, dass das Kalifat die einzige Alternative für Millionen von

Flüchtlingen ist, die anderswo nicht willkommen sind. Millionen von verzweifelten Menschen, die vormals vor dem ISIS geflohen sind, werden dazu gedrängt, diesen zu unterstützen und in seinem Namen zu kämpfen und genau die Gewalttaten zu begehen, vor denen Europa sich zu schützen sucht. Eine Schutzmauer gegen Flüchtlinge zum Schutz Europas wird die terroristische Bedrohung nicht auslöschen, sondern umgekehrt noch verstärken.

Anstatt den Flüchtlingen die Türen vollständig zu verschließen sollte Europa daran arbeiten, Lücken im Asylsystem zu schließen, die derzeit missbraucht werden. Dazu gehören die Stärkung des Migrationsmanagements, die Verbesserung des Grenzschutzes, die steigende Anzahl der Umsiedlungen aus der Türkei und anderen Ländern, um eine bessere Überprüfung und eine gelungene Integration sowie ein Teilhaben an der Gemeinschaft zu ermöglichen. So kann die Radikalisierung von Flüchtlingen, die nach Europa kommen und zu marginalisierten Ausgestoßenen werden, vermieden werden. Die EU und die einzelnen Mitgliedstaaten haben bereits begonnen, in all diesen Bereichen neue Maßnahmen umzusetzen und bestehende zu verbessern. Zum Beispiel engagieren sich Agenturen auf EU-Ebene darin, Staaten dabei zu unterstützen, dass keine ISIS-Agenten in die EU eindringen. Im Jahr 2016 kündigte Europol die Einstellung von bis zu 200 Antiterror-Ermittlern an, die an Migrations-Hotspots in Griechenland und anderen Ländern eingesetzt werden sollen. Ihre Aufgabe ist es, mutmaßliche Terroristen und Kriminelle zu identifizieren.⁴⁴ Ein weiteres Beispiel für Strategien eines geeigneten Migrationsmanagements ist ein neues Umsiedlungsprogramm, um so eine bessere Sicherheitsüberprüfung bei der Erfüllung humanitärer Verpflichtungen zu ermöglichen. Dieses wurde von der EU-Kommission 2017 vorgelegt und ist zur Aufnahme von mindestens 50.000 Flüchtlingen aus anderen Ländern bestimmt ●

MYTHOS NR. 11: DIE EUROPÄISCHE UNION LEIDET UNTER DEM TERRORISMUS, WEIL SIE ZU WEICH GEGENÜBER DEN EXTREMISTEN IST

Allgemein verbreitete Meinung: *Die EU hat mehr Terroranschläge erlebt (und wird dies auch weiterhin tun), weil ihre Gesetze zu soft und zu bürokratisch sind und sich auf die Menschenrechte von Terroristen zum Nachteil der inneren Sicherheit fokussieren. Viele der Angreifer und Komplizen, die an den Angriffen in Brüssel und Paris beteiligt waren, standen auf Terroristenlisten, streiften jedoch frei herum, bevor sie Hunderte von Menschen töten konnten. Alles, was gemacht werden muss, ist, gegen Radikale und mutmaßliche Terroristen früher einzuschreiten, bevor sie einen Angriff begehen, und sie härter zu bestrafen, um andere abzuschrecken.*

Reality-Check: TDer Abschreckungseffekt, der auf reaktionäre Gesetze und Strafen (oder das Fehlen von Sanktionen) zurückzuführen wird, ist nur einer der Faktoren, die bei der Bekämpfung des Terrorismus

berücksichtigt werden müssen. Es ist nicht unbedingt die „Sanftheit“ der europäischen Straforgane, die Angriffe zulassen, sondern Lücken im System und die mangelnde Kooperation zwischen Sicherheits- und Geheimdiensten in den Mitgliedstaaten und sogar innerhalb desselben Landes. Darüber hinaus gibt es externe Faktoren, die Europa anfällig für Terrorismus machen, wie der Erfolg und die Attraktivität des ISIS für einige Europäer und die Existenz von hochentwickelten terroristischen Netzwerken, die sich oft mit kriminellen überschneiden.

Seit der Eskalation der Terrorbedrohung im Jahr 2015 hat Europa eine repressivere Richtung eingeschlagen und ist besser darauf vorbereitet, die Lücken im Sicherheitsapparat zu schließen, indem es die Koordination und den Austausch von Erkenntnissen der Nachrichtendienste verbessert.

Beispiele für verschärfte Gesetze

- | | |
|----------------|--|
| France | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Gesetze wurden verabschiedet, welche die Beschlagnahme von Ausweisen und Pässen von potenziellen Dschihadisten ermöglichen ▶ Hausdurchsuchungen und Hausarrest für Einzelpersonen sind einfacher umsetzbar geworden und erfordern in einigen Fällen keine gerichtliche Genehmigung ▶ Predigtorte können geschlossen werden, falls festgestellt wird, dass die Prediger radikale Ideologien fördern |
| UK | <ul style="list-style-type: none"> ▶ strengere Strafen für die Planung oder Unterstützung bei der Planung von Terroranschlägen, einschließlich der Pläne in einem sehr frühen Stadium ▶ strengere Strafen für den Zugriff auf oder die Verbreitung von extremistischen Materialien online |
| Belgium | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Der „Plan Canal“ zielt darauf ab, Radikalisierung, gewalttätigen Extremismus und Terrorismus in mehreren Brüsseler Gemeinden zu bekämpfen. Die Polizeipräsenz in diesen Gebieten nimmt zu. Die Regierung investiert in neue Überwachungstechnologien, mit besonderem Augenmerk auf (islamische) „Andachtsorte“. |
| Germany | <ul style="list-style-type: none"> ▶ Strafverfolgungsbehörden können in Mobiltelefonen und Computern Spionagesoftware (Trojanisches Pferd) einsetzen, um auf Daten in verschlüsselten Messaging-Diensten wie Skype oder WhatsApp zuzugreifen. |

Erstens: Viele europäische Länder haben härtere Gesetze eingeführt, um gegen mutmaßliche Terroristen und europäische Bürger vorzugehen, die nach Syrien gereist sind, um für den ISIS zu kämpfen, bevor sie versuchen, wieder nach Hause zurückzukehren. Darüber hinaus gibt es in Europa einen zunehmenden Trend, mehr Menschen (ohne gerichtliche Überprüfung) abzuschleppen, die als nationales Sicherheitsrisiko eingestuft werden, wobei Italien eine bemerkenswerte Erfolgsbilanz bei der Umsetzung dieser Maßnahme vorweisen kann.

Diese Gesetze werden unter anderem zu längeren Haftstrafen und härteren Urteilen führen. Aber das Inhaftieren von Extremisten trägt oft mehr zum Problem bei als zur Lösung. Gefängnisse sind zu fruchtbarem Nährboden für die Radikalisierung und Rekrutierung geworden. Unangemessene Antiterrormaßnahmen, welche religiöse oder ethnische Gruppen ausgrenzen, sind ebenfalls ein wichtiger Radikalisierungsfaktor.

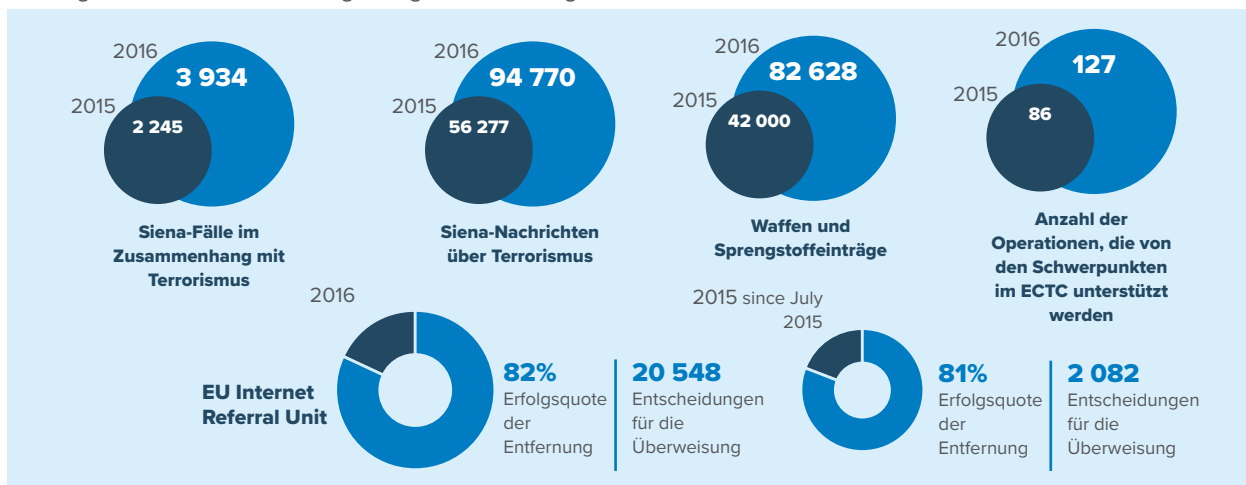
Zweitens: Um diesem Effekt entgegenzuwirken und Terroristen daran zu hindern, mehr Anhänger zu rekrutieren, haben die europäischen Länder neue Antiterrormaßnahmen eingeführt und bestehende Antiradikalisierungsprogramme verbessert. Frankreich hat die „Prevent to Protect“-Initiative zur Bekämpfung der Radikalisierung in den Bildungs- und Strafvollzugssystemen eingeführt.⁴⁵ Lehrer werden darin geschult, Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, und Schüler lernen, zwischen Fakten und Propaganda zu unterscheiden.

Viele Länder haben Richtlinien zur Entfernung extremistischer und terroristischer Inhalte aus dem Internet entwickelt, ebenso auch zur Verhinderung dessen, dass Terroristen in sozialen Netzwerken neue Anhänger rekrutieren. Die Regierung des Vereinigten

Königsreichs hat öffentliche Gelder investiert, um ein Tool für künstliche Intelligenz zu entwickeln, das extremistische Inhalte erkennt und blockiert. Dieses Tool wird auch kleinen Gesellschaften zur Verfügung gestellt, die es sich nicht leisten können, eigene Lösungen zu entwickeln.⁴⁶

Schließlich herrscht europaweit Einigkeit darüber, dass ein effizienterer Informationsaustausch zwischen und innerhalb von Ländern für die Prävention von Terrorismus entscheidend ist. Hierzu trug die Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) bei Europol zu einem „historisch höchsten“ Informationsaustausch bei. Das Zentrum ermöglichte auch eine engere Zusammenarbeit bei 127 Antiterrorfällen.⁴⁷ In diesem Zusammenhang bietet die GLOBSEC-Intelligence-Reform zusätzliche Denkanstöße. Die Initiative schlägt die Einrichtung permanenter Knotenpunkte vor, die relevante Sicherheitsspezialisten miteinander verbinden; des Weiteren die Entwicklung von „hit-no-hit“-Suchschnittstellen für einen Echtzeit-Informationsaustausch sowie die Einrichtung von Intelligence Centers of Excellence, um gemeinsame Risikobewertungen, Standards und Schulungen zu entwickeln.⁴⁸

Die europäischen Staaten arbeiten daran, ihre internen Agenturen aufeinander abzustimmen. Dies schließt Länder ein, die nicht direkt dem Dschihad-Terrorismus ausgesetzt sind, aber häufig als Routen für Waffenschmuggel oder die Durchreise von Kämpfern genutzt werden. Polen beispielsweise will die Führung seiner Spezialpolizeieinheiten ändern, um eine bessere Koordinierung, Vorbereitung und Durchführung von Antiterror-Aktivitäten zu ermöglichen⁴⁹ ●



- 1 "Legal acts – statistics." EUR-Lex, 2018, eur-lex.europa.eu/statistics/2017/legislative-acts-statistics.html.
- 2 "Meeting Calendar." The European Commission, 2018, www.consilium.europa.eu/en/meetings/calendar/?dateFrom=2017%2F04%2F01&dateTo=2018%2F04%2F30&filters=2031.
- 3 "Full details of the EU's ongoing trade negotiations." The European Commission, March 2018, trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/december/tradoc_118238.pdf.
- 4 „Permanent Structured Cooperation (PESCO) – Factsheet.“, The European External Action Service, 5 March 2018, eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/34226/permanent-structured-cooperation-pesco-factsheet_en.
- 5 De la Baume, Maia. "Greenland's exit warning to Britain." Politico, 22 June 2016, www.politico.eu/article/greenland-exit-warning-to-britain-brexiteu-referendum-europe-vote-news-denmark/www.politico.eu/article/greenland-exit-warning-to-britain-brexiteu-referendum-europe-vote-news-denmark/
- 6 "Macron calls for 'European sovereignty' to combat authoritarianism in speech at European Parliament." France24, 17 April 2018, www.france24.com/en/20180417-live-france-france-macron-eu-reform-european-parliament-speech-brexiteu-strasbourg.
- 7 „Key Trends.“ Standard Eurobarometer 87, Eurobarometer, 23 June 2017, ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2142.
- 8 "Does it make sense to refer to EU officials as "unelected bureaucrats?." The Economist, 14 July 2018, www.economist.com/blogs/economist-explains/2017/07/economist-explains-10. "Employment and salaries in public administration in 2016." The Chancellery of the Prime Minister of Poland, 2016, dsc.kprm.gov.pl/sites/default/files/zatrudnienie_i_wynagrodzenia_w_administracji_publicznej_w_2016.pdf. "The EU administration. Small and efficient." JEF Europe, 16 June 2014, www.thenewfederalist.eu/the-eu-administration-small-and-efficient.
- 9 "Data, Analysis & Documentation, Federal Employment Reports.", The Office of Personal Management of the United States of America, 2014, www.opm.gov/policy-data-oversight/data-analysis-documentation/federal-employment-reports/historical-tables/executive-branch-civilian-employment-since-1940/.
- 10 "Standards and risks for specific products." The European Commission, 2018, ec.europa.eu/info/business-economy-euro/product-safety-and-requirements/consumer-product-safety/standards-and-risks-specific-products_en.
- 11 "Bendy Bananas - the Myth to end all Myths." The European Parliament Office in London, 26 May 2016, www.europarl.europa.eu/unitedkingdom/en/media/euomyths/bendybananas.html.
- 12 Byrne, Andrew. "Visegrad Four group of EU states complains of inferior food imports." The Financial Times, 19 July 2017, www.ft.com/content/72f13ba2-6c95-11e7-bfeb-33fe0c5b7eaa.
- 13 Murlon-Druol, Emmanuel. "Rethinking Franco-German relations: a historical perspective", Bruegel Policy Contribution n°29, November 2017, bruegel.org/wp-content/uploads/2017/11/PC-29-2017.pdf.
- 14 "Share of total contributions to the European Union budget in 2016, by Member State." Statista, 2016, www.statista.com/statistics/316691/european-union-eu-budget-share-of-contributions/.
- 15 "Does Germany have too much power in the EU, or too little?." Debating Europe, 10 July 2017, www.debatingeurope.eu/2017/07/10/germany-much-power-eu-little/#.WthcxpexVPZ.
- 16 Dennison, Susi. "Does size matter? Small states and EU foreign policy." EUObserver, 11 February 2013, euobserver.com/opinion/119027.
- 17 Pastore, Gunta. "Small new member states in the EU foreign policy: toward 'small state smart strategy'?", Baltic Journal of Political Science. December 2013, No. 2, http://www.zurnalai.vu.lt/files/journals/67/articles/2818/public/67-84.pdf
- 18 Murlon-Druol, Emmanuel. "Rethinking Franco-German relations: a historical perspective", Bruegel Policy Contribution n°29, November 2017, bruegel.org/wp-content/uploads/2017/11/PC-29-2017.pdf.
- 19 Kottasova, Ivana. "They want to kill the euro: Why many Europeans want their money back.", CNN, 4 May 2017, money.cnn.com/2017/04/19/news/economy/euro-elections-france/index.html.
- 20 "The benefits of the euro." The European Commission, 2017, ec.europa.eu/info/about-european-commission/euro/benefits-euro_en.
- 21 "Why stable prices are important?." The European Central Bank, 2017, www.ecb.europa.eu/explainers/tell-me-more/html/stableprices.en.html.
- 22 "Inflation (CPI).", The OECD, 2018, data.oecd.org/price/inflation-cpi.htm.
- 23 World Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves.", The International Monetary Fund, 2017, data.imf.org/?sk=E6A5F467-C14B-4AA8-9F6D-5A09EC4E62A4&slid=1408243036575.
- 24 "Reflection Paper on the deepening of the economic and monetary union.", The European Commission, 31 May 2017, ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-emu_en.pdf.
- 25 "Standard Eurobarometer 88." Eurobarometer, December 2017, ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2143
- 26 Salm, Christian. "Benefits of EU international trade agreements." The European Parliament Think Tank, 25 October 2017, www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2017)603269.
- 27 "Tariffs applied to the value of imports, by processing stage, world average, 2002-2015.", Eurostat, 2017, http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Tariffs_applied_to_the_value_of_imports_by_processing_stage_world_average_2002-2015_(%25)_GL17.png.
- 28 "Tariffs and imports: Summary and duty ranges.", The World Trade Organization, 2016, www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm.
- 29 "GDP based on PPP, share of world." The International Monetary Fund Data Mapper, April 2018, www.imf.org/external/datamapper/PPPSH@WEO/OEMDC/ADVEC/WEOORLD.
- 30 Ibidem.
- 31 "Stop Islamisation Of Europe." sioeeu.wordpress.com/about/.
- 32 "Europe's Growing Muslim Population." Pew Research Center, 29 November 2017, www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/.
- 33 "The future of the global Muslim population, Demographic study." Pew Research Center, 27 January 2011, www.pewforum.org/2011/01/27/future-of-the-global-muslim-population-regional-europe/.
- 34 "Europe's Growing Muslim Population." Pew Research Center, 29 November 2017, www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/.
- 35 Hunt, Jennifer. "Skilled Immigrants' Contribution to Innovation and Entrepreneurship in the US.", Open for Business: Migrant Entrepreneurship in OECD Countries, OECD Publishing, Paris, 2016, dx.doi.org/10.1787/9789264095830-en.
- 36 Bullivant, Stephen. "Europe's Young Adults and Religion: Report 2018." Benedict XVI Centre for Religion and Society, 2018, www.stmarys.ac.uk/research/centres/benedict-xvi/docs/2018-mar-europe-young-people-report-eng.pdf.
- 37 Sanghani, Radhika. "Burka bans: The countries where Muslim women can't wear veils." The Telegraph, 17 August 2017, www.telegraph.co.uk/women/life/burka-bans-the-countries-where-muslim-women-cant-wear-veils/.
- 38 „Asylum applications (non-EU) in the EU-28 Member States, 2006–2017." Eurostat, 18 March 2018, ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics.
- 39 „Irregular Migration and Return. Return & readmission." The European Commission, 20 April 2018, ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/irregular-migration-return-policy/return-readmission_en
- 40 "Statistics on enforcement of immigration legislation." Eurostat, 19 July 2017, ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Statistics_on_enforcement_of_immigration_legislation#Almost_230.C2.A0000_non-EU_citizens_were_returned_to_their_country_of_origin_in_2016.
- 41 "Towards more efficient return policy." The European Commission, November 2017, ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20171114_factsheet_towards_an_efficient_and_credible_eu_return_policy_en.pdf
- 42 The total sample is 1046 individuals, with 133 individuals screened so far with profiles likely to reflect the total sample.
- 43 Nesser, Petter. "Islamist Terrorism in Europe: A History." London: Hurst & Company, 2015; Vidino, Lorenzo. "Al Qaeda in Europe: The New Battleground of International Jihad." New York: Prometheus Books, 2006.
- 44 "Europol setting up team of 200 investigators to deploy to migration hotspots." Europol, 12 May 2016, www.europol.europa.eu/newsroom/news/europol-setting-team-of-200-investigators-to-deploy-to-migration-hotspots; "European Union: Terrorism situation and trend report." Europol, 2017, www.europol.europa.eu/newsroom/news/2017-eu-terrorism-report-142-failed-foiled-and-completed-attacks-1002-arrests-and-142-victims-died.
- 45 Jacquin, Jean-Baptiste. "The government launched a plan to prevent radicalization." Le Figaro, 23 February 2018, www.lemonde.fr/societe/article/2018/02/23/le-gouvernement-lance-un-plan-tous-azimuts-de-prevention-de-la-radicalisation_5261486_3224.html.
- 46 Lee, David. "UK unveils extremism blocking tool." BBC, 13 February 2018, www.bbc.com/news/technology-43037899.
- 47 "Information Sharing on Counter Terrorism in the EU has reached an all-time high." Europol, 30 January 2017, www.europol.europa.eu/newsroom/news/information-sharing-counter-terrorism-in-eu-has-reached-all-time-high.
- 48 "GLOBSEC Intelligence Reform Initiative", GLOBSEC, www.globsec.org/initiatives/globsec-intelligence-reform-initiative/.
- 49 "Ministry of Home Affairs and Administration: the counter-terrorist police service would work more effectively." Onet.pl, 23 February 2018, wiadomosci.onet.pl/kraj/mswia-sluzba-kontrterrorystyczna-policji-pozwoli-skutecznej-dzialac/35c0mf1
- 50 "Information Sharing on Counter Terrorism in the EU has reached an all-time high." Europol, 30 January 2017, www.europol.europa.eu/newsroom/news/information-sharing-counter-terrorism-in-eu-has-reached-all-time-high.



▶ Polus Tower II
Vajnorská 100/B
831 04 Bratislava
Slovak Republic

▶ +421 2 3213 7800
▶ info@globsec.org
▶ www.globsec.org